

Erwachsenenschutz statt Sachwalterschaft – Mehr Selbstbestimmung, weniger Bevormundung

Retz – Rund 60.000 Menschen in Österreich haben derzeit einen Sachwalter. Damit sind es fast doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Durch das steigende Alter und die zunehmende Digitalisierung kämen immer mehr Menschen nicht mehr mit den Entwicklungen mit. „Viel zu schnell werden dann Sachwalterschaften ausgesprochen und die Menschen damit entmündigt. Dabei hätte auch schon Unterstützung in einem gewissen Lebensbereich, etwa beim Abschluss eines Vertrages, geholfen“, kritisiert Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek bei den 1. Retzer Justizgesprächen im SKYLEVEL 21 das bestehende Sachwalterrecht.

Der Entwurf des völlig neuen Erwachsenenschutzgesetzes, das Mitte September die Begutachtung passiert hat, solle hier viel mehr Möglichkeiten zur Abstufung bringen und selbstbestimmtes Handeln so lange wie möglich ermöglichen. Derzeit würde in der Praxis meist nur zwischen Sachwalterschaft ganz oder gar nicht entschieden. „Das neue Gesetz bietet den Menschen Hilfestellungen wo sie sie brauchen, ohne ihnen gleich ganz die Geschäftsfähigkeit abzusprechen“, erläuterte Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter seinen Gesetzesentwurf vor dem interessierten Publikum aller betroffenen Berufsgruppen und Institutionen. Das sei ihm auch die Mehrkosten in Höhe von etwa 16 Millionen Euro pro Jahr wert.

Den Erwachsenenschutzvereinen wird im neuen Entwurf mit dem verpflichtenden Clearing und der Vorsorgevollmacht eine größere Rolle zukommen. „Diese Verantwortung und die neuen Aufgaben, die uns das Justizministerium künftig übertragen möchte, nehmen wir gerne an. Das wird aber nur möglich sein, wenn auch die Finanzierung entsprechend angepasst wird“, erläutert Dr. Peter Schlaffer, Geschäftsführer des VertretungsNetzes.

Im Bezirk Hollabrunn liege man mit weit mehr als 500 Sachwalterschaften deutlich über dem Bundesdurchschnitt, berichtete Richter Dr. Erhard Neubauer in seinem Redebeitrag. „Oft brauchen wir den Großteil der Bearbeitungszeit, um einen geeigneten Sachwalter zu finden“, erzählt er von den Problemen in der Praxis am Bezirksgericht Hollabrunn. Während die Zahl der Sachwalterschaften steigt, gäbe es umgekehrt immer weniger Familienmitglieder, die bereit sind eine Sachwalterschaft zu übernehmen. Die wenigen Rechtsanwälte und Notare im Bezirk würden deshalb über Gebühr beansprucht.

Diese Tatsache kritisierte auch Rechtsanwalt Dr. Eric Heinke als Vertreter des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages in seinem Redebeitrag. Es sei nicht zu verstehen, warum eine Berufsgruppe gesellschaftliche Aufgaben übernehmen müsse, für die eigentlich der Staat Sorge zu tragen hätte und das dann oft noch unbezahlt. Das sieht auch Justizminister Brandstetter so und kündigte an, dass künftig niemand mehr gezwungen werden sollte Sachwalterschaften zu übernehmen. Er möchte die Übernahme gänzlich freiwillig gestalten und die Entlohnung dann auch entsprechend anpassen.

Mag. Andreas Tschugguel sah als Vertreter der Notariatskammer den deutlich vermehrten Erhalt der Geschäftsfähigkeit, den der Entwurf vorsieht „nicht nur euphorisch“ und wies kritisch auf das folglich bestehende Prozess- und Kostenrisiko hin. „Wir müssen uns in den nächsten Jahren genau ansehen, ob der Gesetzgeber hier möglicherweise zu weit gegangen ist.“

Eine Abstimmung im Parlament hält Dr. Michaela Steinacker, die Obfrau des parlamentarischen Justizausschusses noch im heurigen Jahr für realistisch. Inkrafttreten soll das neue Gesetz dann spätestens Mitte 2018. Dann sollen auch alle bestehenden Sachwalterschaften neu aufgerollt werden.

„Die Retzer Justizgespräche wollen regelmäßig eine Plattform bilden, ein aktuelles juristisches Thema mit Bedeutung für breitere Bevölkerungskreise mit den betroffenen Experten ausführlich zu diskutieren und dadurch einen Beitrag zu praxistauglichen Lösungen bieten. Ich bin überzeugt, dass gerade Retz und das Retzer Land mit seiner Gelassenheit und dem herrlichen Wein dafür eine hervorragende Bühne bietet“, blickt Mag. Heribert Donnerbauer, Obmann des Vereins „Retzer Justizgespräche“ erfreut in die Zukunft.

Kontakt:

Verein „Retzer Justizgespräche“

Hauptplatz 21, 2070 Retz

Obmann Mag. Heribert Donnerbauer

e: info@skylevel21.at

t: 0664/2805156

www.skylevel21.at

